

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Dr. Christel Happach-Kasan, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP**

### **Wettbewerbsnachteile der deutschen Landwirtschaft durch EU-weite Angleichung der Besteuerung von Agrardiesel abbauen**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Aus einem Gutachten des Münchener Institutes für Wirtschaftsforschung (ifo) zur Produktmittelbesteuerung in der Landwirtschaft geht hervor, dass die deutschen Landwirte auf ihre Produktionsmittel die dritthöchsten Steuern in der EU zahlen müssen. Danach zehrt die Besteuerung von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln fast 7 Prozent des Gewinns auf, während dies nach den Steuergesetzen wichtiger EU-Konkurrenzländer wie Großbritannien (1,8 Prozent), Frankreich (2,7 Prozent) oder Italien (2,8 Prozent) deutlich weniger ist. Ökologisch wirtschaftende Betriebe in Deutschland werden sogar noch stärker als konventionelle Betriebe belastet. Sie müssen wegen des höheren Treibstoffverbrauchs etwa 1,5 Prozent mehr vom Gewinn als konventionell wirtschaftende Landwirte für Steuern auf Produktionsmittel aufwenden.

Während Heizöl, Gas und Kohle als Hauptenergieträger der gewerblichen Wirtschaft nur einer geringen oder keiner Ökosteuer unterliegen, wird in der Landwirtschaft der Hauptenergieträger Dieselmotorkraftstoff relativ hoch besteuert. Landwirtschaft und Gartenbau werden nach Schätzungen der Bundesregierung durch die Ökosteuer jährlich mit 562 Mio. Euro belastet. Über die Absenkung der Lohnnebenkosten in der Landwirtschaft und im Gartenbau ergibt sich allerdings nur eine Entlastung von rund 36 Mio. Euro. Damit errechnet sich für die Agrarwirtschaft insgesamt eine Belastung von 526 Mio. Euro.

Seit 2005 unterliegen die heimischen Betriebe einer durchschnittlichen Steuerbelastung für Agrardiesel von 40 Cent je Liter. Im Gegensatz zu Deutschland

haben europäische Wettbewerber Steuersenkungen vorgenommen. In Österreich wurde die Besteuerung von 30,2 Cent je Liter auf den Steuersatz für Heizöl in Höhe von 9,8 Cent je Liter gesenkt. In Frankreich wurde auf Grund der hohen Energiepreise der Steuersatz auf Agrardiesel in 2005 vorübergehend auf 0,7 Cent je Liter gesenkt. Damit sind die Wettbewerbsverzerrungen zum Nachteil der deutschen Landwirte größer geworden (Situationsbericht 2006 und 2007 des Deutschen Bauernverbandes).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, auf europäischer Ebene Initiativen zu ergreifen, um die Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der heimischen Landwirtschaft und des deutschen Gartenbaus zu verhindern bzw. deutlich zu verringern. Dazu ist eine EU-weite Harmonisierung der Besteuerung von Agrardiesel dringend geboten.

Berlin, den 31. Januar 2007

**Dr. Guido Westerwelle und Fraktion**